

## Fortentwicklung der Konkurrenztheorie: die Pluralismustheorie



Seine grundlegende Abhandlungen zum Pluralismus publizierte Ernst Fraenkel im Band „Deutschland und die westlichen Demokratien“ (1964).

Der deutsche Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel stimmte in wesentlichen Punkten mit Madison überein. Er lehnte die Idee eines a priori Gemeinwohls ab, da er dies aus wissenschaftlicher Sicht nicht als beweisbar betrachtete. Das Gemeinwohl soll vielmehr (a posteriori) durch einen Interessenausgleich zwischen den einzelnen Gruppen erreicht werden. Fraenkel sah es als unbestreitbare Tatsache an,

dass es Bereiche des Zusammenlebens gibt, über die man unausweichlich abstimmen müsse, da sich die Bevölkerung über deren Ausgestaltung uneinig sei (es gibt also plurale = mehrere Interessen). Er verstand es jedoch als consensus omnium, d. h. als Übereinstimmung aller Bürger, dass Teile des gesellschaftlichen Lebens feststehen und über diese nicht abgestimmt werden darf. Hierzu gehören die Achtung der Menschenrechte, die Orientierung an den Prinzipien des Rechtsstaates,

## Gemeinwohl

Politisch-soziologische Bezeichnung für das Gemein- oder Gesamtinteresse einer Gesellschaft, das oft als Gegensatz zum Individual- oder Gruppeninteresse gesetzt wird. Dabei wird i. d. R. übersehen, dass in pluralistischen, offenen Gesellschaften die konkrete inhaltliche Bestimmung des Gemeinwohls immer von den Interessen und Zielen derjenigen abhängig ist, die sich auf das Gemeinwohl berufen und das Gemeinwohl bestimmen (wollen) und/oder derjenigen, denen die Verwirklichung des Gemeinwohls nutzt. [Es] bleibt strittig, a) ob sich das jeweils konkrete Gemeinwohl lediglich als Summe der individuellen Interessen ergibt oder ob es eine eigene spezifische Qualität hat und b) ob erst rückblickend (ex post) oder bereits vorher (ex ante) festgestellt werden kann, ob ein konkretes Vorhaben dem Gemeinwohl tatsächlich dient.

Klaus Schubert/Martina Klein: Das Politiklexikon – Begriffe – Fakten – Zusammenhänge. 5. aktualisierte Auflage, 2011. Zentralen für politische Bildung

tes, das Mehrheitsprinzip sowie politische Freiheiten, wie z. B. die Meinungsfreiheit. Die Achtung dieses Grundkonsenses soll der Staat im Rahmen eines pluralistischen Systems sicherstellen. Damit innerhalb eines Staates die pluralistischen Interessen positive Wirkungen entfalten können, ist es von hoher Bedeutung, dass möglichst alle wesentlichen in der Gesellschaft be-

## Identitäts- und Pluralismustheorie im Überblick

